



Amerika, Israel und Europa

Pro und contra Nationalstaaten

Daniel Pipes fand einen seltsamen Widerspruch. In seinem jüngsten Buch "Löwengrube", in dem er Islam und Mittelost erhellte, fragt er, warum die Demokratie, freien Märkte und Rechtsstaatlichkeit eine nie gekannte Stabilität und einen Wohlstand erzeugt haben, aber andererseits viele Nutzniesser dessen dies weder sehen, noch verteidigen.

Auch Amerika habe zum Wohlergehen beigetragen, ziehe aber viel Feindseligkeit an. Nicht minder ernte Israel derartigen Hass, dass ansonsten anständige Menschen es auslöschten wollten. Der Akademiker machte dahinter einen Paradigmenwechsel aus. Einst galt der Nationalstaat als positiv, als Schutz des Aufstiegs der Völker. Heute sucht ein neues Paradigma diesen Staatsmotor in den Müll zu kehren zugunsten von Weltstaat und erneut "Zentraleuropa".



Fotos: W.G. Schwanitz

Memorial The Immigrants, Battery Park, Manhattan

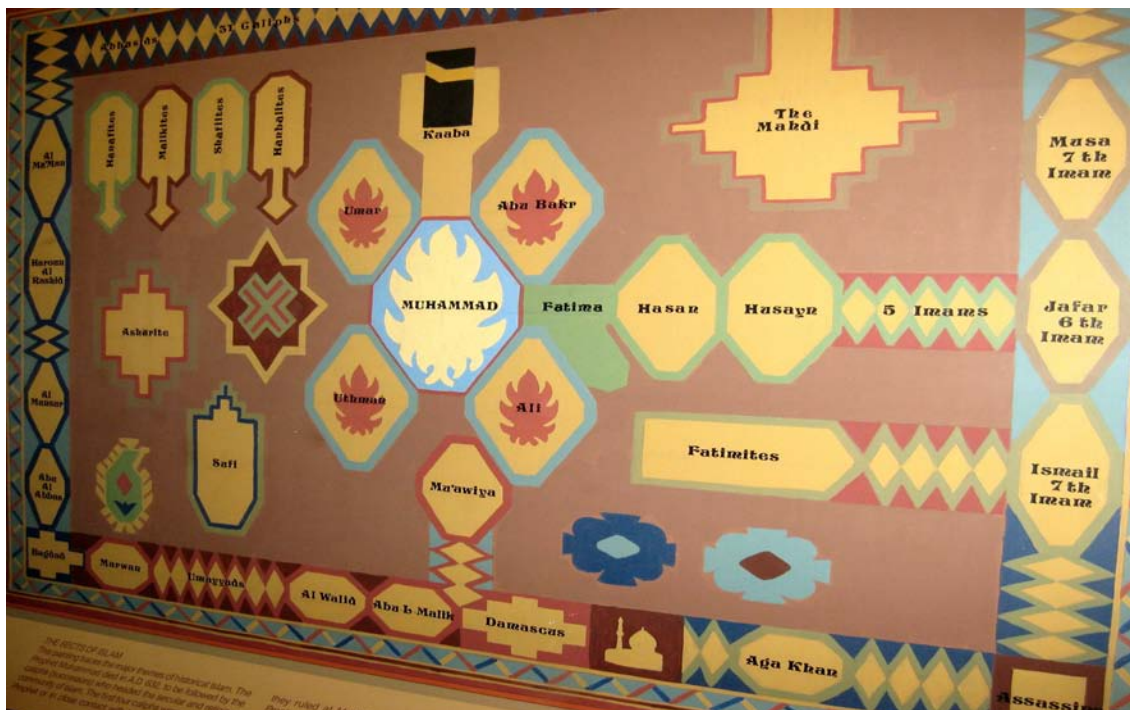
Für Israel sei "nie wieder Auschwitz" mit dem kostbar und spät errungenen Nationalstaat verknüpft. Oder, so Pipes, mit der unverfrorensten Politik der Selbstverteidigung. Damit gerate es wie Amerika für die Anhänger des Neuparadigmas der Weltregierung besonders fürchterlich. Diese schreiben auch die Naziverbrechen dem Nationalstaat zu.

Das sei aber falsch, erklärt der Mittelosthistoriker. Denn die Nazis wollten gar keine demokratischen Nationalstaaten, sondern solche beseitigen. Man könnte zweierlei ergänzen. Sie träumten nicht vom Universalstaat, aber von einer globalen Machtpyramide als "Herrenrasse" der "Arier". Dies sollte ("teile und herrsche wie Römer") manche Eigenheiten von Regionen bewahren. Und: der Nationalstaat ist kein Subjekt, massgebend sind stets seine Akteure.

Rosalicht

In Kurzpolemiken erörterte der Gründer des Mittelostforums in Philadelphia auch Israel, den Zionismus und die Judenfeindschaft. Dann geht es um Islam und Islamismus sowie um Religion und Politik in Mittelost. Lesenswert erhellt er Revolten von Tunesien über Ägypten und Syrien bis zum Jemen. Die Türkei und Zypern gehören bei ihm stets dazu.

Wenn der militante Islam das Problem ist, sei der moderate Islam die Lösung, sagt Pipes. Wie erkennt man moderate Muslime? Man studiere ihre Taten und Texte: ob sie Gewalt ablehnen, Frauen gleichstellen, Muslimen das Konvertieren und innerislamische Vielfalt erlauben. Es fragt sich, ob sie selbstkritisch die Legitimität der Forschung über die Anfänge des Islam und die höheren Sicherheitsregeln bejahen, um den Islamismus zu bekämpfen.



The New Yorker American Museum of Natural History: Die vielfältigen historischen Zweige im Islam

Daniel Pipes, dessen Beiträge in bis zu 36 Sprachen im Web erscheinen, bleibt sich auch in seinem zweiten deutschen Buch treu (das erste galt 1998 dem Verschwörungsdenken). Er nimmt kein Blatt vor den Mund. Manchen Kollegen lastet er an, militanten Islamismus als demokratische Kraft und Usama Bin Ladin als irrelevant erörtert zu haben. Sie gingen von Fehlprognosen aus.

Die nationalen Interessen Amerikas sehen sie feindselig an und suchten intolerant nur die Uniformität. Schließlich agierten sie apologetisch, zumal sie es versuchten, ihre Fächer ins Rosalicht zu tauchen und die "Terrorlogie" zu meiden.

In der Tat, die politische Korrektheit ist akademisch oft unkorrekt. Hilfreich wirkten Übersetzer Eiteneier und Editor Clemens Heni, zumal sie einige Begriffe des Zeitlaufs erklärt haben.

Föderaleuropa

Sicher fände Pipes in den Autoren des "Manifests für Europa", Daniel Cohn-Bendit und Guy Verhofstadt, treffende Beispiele als auch heftige Kritiker. Denn der Vorsitzende der Grünen Fraktion im Europäischen Parlament und der ehemalige Premier Belgiens haben in ihrem Manifest für Europa nicht nur Europas "ältesten Feind", sondern die Ursache der Polykrise ausgemacht, nämlich "das Europa der Nationalstaaten" und deren Unwillen, ein "wirklich vereintes und föderales Europa zu schaffen."

Sie wollen keinen "zentralisierten Superstaat", ebnen aber dahin alle Wege. Wenn der Nationalstaat ausgedient hat, von wo soll denn der "Quantensprung ins echte Föderaleuropa" abgehen? Das ist sehr ungereimt.



Grassierende Politikverdrossenheit, nicht nur in Europa

Steuernektar

Sie wollen eine "völlig neue Ordnung". Winzige Schritte wären Mäusegetrippel. Im "Duktus" stellten sie Regeln auf wie:

- Nur ein Frontalangriff kann uns retten.
- Begreife, wie ernst die Bedrohung ist.
- Erkenne deine Gegner ("Konservative und Populisten").
- Blicke nach vorn, nicht zurück.
- Akzeptiere den aktuellen Zustand nicht.
- Demaskiere das wahre Gesicht der Eurokrise.
- Rede das, was falsch ist, nie schön.

Wie Losungen für grüne Maifähnchen, mit denen dann die Euromasse die Vereinigten Staaten von Europa herbei winkt. Die Autoren wünschen auch ein garantiertes Grundgehalt, mit dem Bürger ein Jahr in einem anderen Teil Europas leben können. Die Steuererhöhungen sollen das bezahlen.

Ihre Vergleiche sprechen Bände. Europa bleibe ein "facettenreicher Bienenkorb". Diesem "Ameisenhaufen" geben sie den postnationalen Tritt. Europass, europäischer Staatsbürger und Eurobudget müssen speziell gespeist werden. Bürger "zahlen weiter ihr vierzig oder fünfundvierzig Prozent Steuern". Einwand: Hemmungslos wollen die Autoren das private Vermögen kürzen. Steuern sollten zwölf Prozent betragen, nur von den direkt gewählten und lokal abwählbaren Politikern behandelt werden. Das wäre der Abbau von Bürokratie.

Eurokratie

Betrachtet man noch Thesen wie jedes Land habe seinen Geheim- und Gesundheitsdienst, man dupliziere in der Europäischen Union 27 Mal dasselbe, dann wird klar, wohin dieser Zug führt: in den eurokratischen Kollektivismus.

Das gab es alles schon einmal in rechten und linken Totalitarismen. Dort träumten Autokraten vom Kontinent, den ein Zug wie der Blitz durcheile oder in Osteuropa vom Werk, das "Busse für alle" produziere.

So etwas führte in den Untergang, eben weil man Wechselbeziehungen unter multiplen Identitäten, Regionen und Staaten in die Monokultur treiben wollte. Lokale und regionale Vielfalt hat Sinn und Funktion. Was Wunder, der Regionalismus ist den Autoren ein Dorn im Auge.

Sie träumen von *einer* Armee und Aussenpolitik. Nur *eine* Verteidigungspolitik würde "uns zwingen, gemeinsame Positionen zu finden." Aber diese Union brauche ein Budget (für Politiker als "Helden der Unverteilung").

Dafür erhöhe man die Mehrwertsteuer oder besteuere Emissionen, Telekommunikation und Internet. Dies würde Institutionen "echte politische Macht geben".

Das Manifest umgeht brennende Probleme wie eine Agenda des Antiislamismus und gerät in Regeln zu abstrakt.

In Amerika verfällt gerade so ein irriger Ansatz uniformierender Umverteiler. Wähler erlauben nur so viel Staat und Steuern, wie nötig. Nationalstaaten beschützten Westeuropa und bremsten die Euromanie. Sie einigten sich in der Europäischen Union, sind aber aus Brüssel gefährdet, wohin Abgeordnete, die in einigen Staaten zugleich kandidieren wollen, so das Autorengespräch, "transnational" gewählt werden sollten, damit es "nicht 27 nationale Debatten" gibt. Der Pluralismus bliebe dabei gleichwohl auf der Strecke.

Wolfgang G. Schwantz

Daniel Pipes: Löwengrube. Eine westliche Sicht auf den Islam und den Nahen Osten. Aus dem Englischen von Herbert Eiteneier. Berlin: Edition Critic 2012, 370 S.

Daniel Cohn-Bendit, Guy Verhofstadt: Für Europa! Ein Manifest. Deutsch von Philipp Blom. München: Hanser Verlag 2012, 141 S.